

Kommunalpolitik im Roten Wien

Ein Literaturbericht

Am 12. Oktober 1930 wurde auf dem Gelände der Hagenwiese in Wien-Döbling eine gigantische, in expressionistisch-kubistischem Stil gehaltene kommunale Wohnhausanlage eröffnet. Nach Plänen von Karl Ehn, Oberbaurat der Gemeinde Wien, waren auf einer Gesamtfläche von 156 000 m², von der allerdings nur 18,4 Prozent verbaut wurden, 1 400 Wohnungen für ca. 5 000 Menschen errichtet worden. An Gemeinschaftseinrichtungen verfügte der Superblock über zwei große Zentralwäschereien, zwei Kindergärten, eine Schulzahnklinik, ein Jugendheim, eine Bibliothek und zwei Badeanlagen.¹ Der Karl-Marx-Hof war in vielerlei Hinsicht die bedeutendste Wohnbauleistung der Wiener Kommune, Symbol und konkreter Ausdruck der Aufbauleistung der sozialistischen Stadtverwaltung. Im Bürgerkrieg des Februar 1934 sollte er eine der Hauptbastionen der sozialistischen Verteidiger und eines der bevorzugten Ziele des Artilleriebeschusses durch das Bundesheer werden. Wenn die Regierung Dollfuß in diesem Bürgerkrieg ihre Kanonen gegen Arbeiterwohnhäuser richtete, die Fotos von zerschossenen Gemeindewohnanlagen in Postkartenformat in alle Welt sandte, so waren dies mehr als militärische oder propagandistische Aktionen: Dem so verhaßten »Wohnungsbolschewismus« der roten Gemeinde sollte ein für allemal ein Ende bereitet werden.²

Die austromarxistische Konzeption einer schrittweisen Umgestaltung in Richtung sozialistischer Gesellschaft war eng an die Erlangung der Mehrheit in demokratischen Wahlen sowie an die Veränderung des Individuums in sozialistisch-solidarischem Sinn gebunden; also an die Vorwegnahme des »sozialistischen Menschen« innerhalb der bestehenden Verhältnisse. In dem Ausmaß, in dem sich die politischen Verhältnisse verschlechterten und die »revolutionäre Umgestaltung der Wirtschaftsordnung« in eine ferne, wenngleich auch für die austromarxistischen Theoretiker durch die ökonomische Entwicklung nachgerade determinierte sozialistische Zukunft projiziert wurde, gewann der subjektive Faktor »sozialistische Lebensreform« an Bedeutung. Die aktuellen Möglichkeiten einer Transformation des bürgerlichen Staats und einer Machtübernahme wurden zusehends weniger mitreflektiert; besonders nach der spontanen Revolte der Wiener Arbeiter vom Juli 1927 beschränkte sich die Sozialdemo-

1 Vgl. Alfred Georg Frei, Rotes Wien. Austromarxismus und Arbeiterkultur. Sozialdemokratische Wohnungs- und Kommunalpolitik 1919—1934, Berlin 1984, S. 105 ff.; zum Karl-Marx-Hof siehe weiters: Prolegomena 24 (Arbeitsblätter des Instituts für Wohnbau und Entwerfen 3 an der TU Wien), Jg. 7, H. 1, (Febr. 1978, Der Karl-Marx-Hof).

2 Helene Maimann/Siegfried Mattl (Hrsg.), Die Kälte des Februar. Österreich 1933—1938, Wien 1984, S. 9; zum Bürgerkrieg vgl. Wolfgang Maderthaner, Im Lebensnerv getroffen. Zu einigen Aspekten der sozialdemokratischen Niederlage im Februar 1934, in: Archiv. Mitteilungsblatt des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 24, 1984, H. 1, S. 2 ff.

kratie auf eine reine Defensivpolitik und zog sich auf ihr Aufbauwerk in den großen Städten und Industrieregionen, den »sozialistischen Inseln«, zurück.³

Der Kommunalpolitik des »Roten Wien« kam innerhalb dieser Konzeption ein entscheidender und zentraler Faktor zu, war doch nach der Absage an die soziale und politische Revolution 1918/19 und dem Ausscheiden aus der Regierungskoalition 1920 die Kommunalpolitik in Wien, wie A. G. Frei bemerkt, einzige Umsetzungsmöglichkeit der austromarxistischen Theorie im staatlich-öffentlichen Bereich.⁴ Der Wiener Kommunalpolitik wurde so Vorbildcharakter und ein entscheidender Stellenwert in der Erlangung sozialistischer Hegemonie auf gesamtstaatlicher Ebene zugewiesen.

»Durch den Aufbau eines »antizipatorischen Sozialismus« in Wien konnten die österreichischen Sozialdemokraten ihre Bindung an ein aktives und radikales Reformprogramm bei gleichzeitiger Anerkennung der Grenzen ihres im wesentlichen gemäßigten Kurses der Jahre 1918/19 und ihrer Unterstützung für eine parlamentarisch-demokratische Republik aufrechterhalten. [...] Die liberale Tradition in der österreichischen Sozialdemokratie, vor allem ihr Standpunkt, die legale Basis der Republik zu erhalten, war ihr wichtigstes Anliegen, wurde aber auch zunehmend durch die Betonung des Projektes des kommunalen Sozialismus durch die Partei an Bedeutung übertroffen. [...] Die Sozialdemokratie verwaltete als erste sozialistische Partei eine Stadt mit mehr als 1 Million Einwohner, und das »Rote Wien« war das erste praktische Beispiel einer langfristigen sozialistischen Strategie zur Umformung einer gesamten metropolitanen Infrastruktur.«⁵

Im Gefolge der bislang letzten Auflage der Debatte um den »Dritten Weg« zwischen technokratischem Pragmatismus der Sozialdemokratie und stalinistischer Herrschaftspraxis im »realen Sozialismus« hat ein Teil der westeuropäischen Linken den Austromarxismus wiederentdeckt⁶ — und damit die kommunalen Reformstrategien zur Wohnungspolitik und zum

³ Aus einer Unzahl von theoretischen Beiträgen zum Austromarxismus seien hier nur die u. E. wichtigsten herausgegriffen: *Raimund Löw*, The Politics of Austromarxism, in: *New Left Review* 118, Nov.—Dec. 1979, S. 15—51; *Peter Kulemann*, Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur, Hamburg 1979; *Tom Bottomore*, Introduction, in: *ders./Patrick Goode* (eds.), *Austro-Marxism*, London 1978; *Yvon Bourdet*, Les conditions d'étude de l'austromarxisme, in: *Le mouvement social*, Nr. 50, 1965, S. 111—120; *Volker Gransow/Michael Krätke*, Thesen zur politischen Theorie im Austromarxismus, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.), *Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik* (= *Argument Sonderbd.* 44), S. 103—122; *Eike Hennig*, Zur Theorie des Austromarxismus, in: *Neue Politische Literatur*, Jg. 17, 1972, S. 527—532; *Norbert Leser*, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien/Frankfurt/Zürich 1968.

⁴ *Frei*, *Rotes Wien*, S. 66 f.

⁵ *Anson Rabinbach*, Politik und Bildung in der österreichischen Sozialdemokratie 1867—1927, in: *Feuer — nicht Asche. Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung*, Wien 1984, S. 49—92, S. 71.

⁶ Vgl. *Detlev Albers/Josef Hindels/Lucio Lombardo-Radice* (Hrsg.), *Otto Bauer und der »dritte« Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten*, Frankfurt/New York 1979; *Detlev Albers/Josef Cap/Pietro Ingrao/Didier Motchane* (Hrsg.), *Perspektiven der Eurolinken*, Frankfurt 1981; *Detlev Albers*, Otto Bauer und die Konzeption des »integralen Sozialismus«, in: *ders./Hindels/Lombardo-Radice*, *Otto Bauer und der »dritte Weg«*, S. 28—60; *ders.*, Gramsci ja — Bauer nein? In: *Das Argument* 120, Jg. 21, 1980, S. 221—224; *ders.*, Gedanken über den »dritten Weg zum Sozialismus« in Westeuropa, in: *ders./Cap/Ingrao/Motchane*, *Perspektiven der Eurolinken*, S. 126—152; *ders.*, Bauer und Gramsci. Neun Thesen, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* (SPW) 17, 1982, S. 401—405; *ders.*, Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci, Berlin 1983; *Sergio Amato*, Otto Bauer und der Austromarxismus, in: *Das Argument* 117, Jg. 21, 1979, S. 707—715; *Bruno Frei*, Otto Bauer und der Eurokommunismus, in: *Das Argument* 119, Jg. 22, 1980, S.

Fürsorgewesen, die schon Zeitgenossen als Kernstück des »Roten Wien« der 20er und 30er Jahre galten. Verfechter dieses sich auf Otto Bauer und Antonio Gramsci berufenden »integralen Sozialismus« begreifen die Aufbauarbeit der Jahre 1919 bis 1934 als den (einzigen) gelungenen Versuch einer »Sozialisierung von unten« über konsequente antikapitalistische Reformpolitik, und das »Rote Wien«, den »Austromarxismus in Aktion«⁷, als Bewegung, in der jede Institution, jede Aufbauleistung die »Veralltäglichen der Revolution« enthalten habe.⁸

Zur gleichen Zeit wird von Exponenten der neueren Sozialgeschichtsforschung eine konträre Position vertreten: Es bestimme sich danach die Wiener Kommunalpolitik der Zwischenkriegszeit in Differenz und konfliktueller Spannung zum austromarxistischen Leitbild des »neuen Menschen«, zu den kulturevolutionären Bestrebungen inner- bzw. außerhalb der Arbeiterkulturbewegung und letztlich auch zu den gewachsenen Traditionen proletarischer Sozialisation und Alltäglichkeit der Zinskasernenära, »die durchaus ambivalent und eng verknüpft mit konservativ-patriarchalischen Strukturen, auch bestimmte Potentiale von Sinnlichkeit, Spontaneität, Rebellischem, Aufsässigem enthielt, die der offizielle Kulturreformjargon des Roten Wien in »schaurigen Bildern« und oft erstaunlich aggressiver Sprache nachträglich denunzierte.« So gesehen befestigte eine spezifische Form der Konstitution der »neuen« Arbeiterfamilie durch die Kommunalpolitik des Roten Wien »jene Seite des feudal-patriarchalisch-militärischen Erbes der vorrepublikanischen Ära, dessen Überwindung die erste Voraussetzung für die Entwicklung des vielzitierten »neuen Menschen« gewesen wäre.« Gemessen an den wesentlichen Programmatiken des Austromarxismus wird die »sozialistische Emanzipation im Alltagsleben, am Arbeitsplatz und in der Familie« durch die sozialdemokratische Reformpolitik »eher gering« veranschlagt.⁹ »The symbolic success of the Austromarxist experiment — a blending of culture and politics to transform the working class into *neue Menschen* capable of realizing socialism — can hardly be disputed. The same cannot be said for the practical impact of Red Vienna's cultural program on the masses of workers, whose own subcultures and life-styles both pre- and post dated it. In retrospect, the experiment affected a minority of workers; the majority at best experienced a change in the social and cultural climate.«^{9a}

88—92; Michael Krätke, Die Vernichtung des Austromarxismus. Der jüngste Akt eines alten Trauerspiels, in: SPW 7, Jg. 3, 1980, S. 73—87.

7 Anton Pelinka, Kommunalpolitik als Gegenmacht. Das »rote« Wien als Beispiel gesellschaftsverändernder Reformpolitik, in: Karl-Heinz Naßmacher (Hrsg.), Kommunalpolitik und Sozialdemokratie. Der Beitrag des demokratischen Sozialismus zur kommunalen Selbstverwaltung, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 63—77; S. 69.

8 Klaus Novy, Der Wiener Gemeindewohnungsbau: »Sozialisierung von unten«. Oder: Zur verdrängten Dimension der Gemeinwirtschaft als Gegenökonomie, in: ARCH+ 45, Juli 1979, S. 9—25; S. 21.

9 Gottfried Pirhofer/Reinhard Sieder, Zur Konstitution der Arbeiterfamilie im Roten Wien: Familienpolitik, Kulturreform, Alltag und Ästhetik, in: Michael Mitterauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), Historische Familienforschung, Frankfurt 1982, S. 326—368, S. 327 f.; vgl. auch dies., Familie und Wohnen im Roten Wien, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. Arbeiterkultur in Österreich (= ITH Tagungsbericht 16), Wien 1981, S. 180—191.

9a Helmut Gruber, Sexuality in Red Vienna: Socialist Party Conceptions & Programs and Working Class Reality, MS New York 1985, S. 2; vgl. auch ders., Working Woman in Red Vienna: Socialist Concepts of the »New Woman« v. the Reality of the Triple Burden, erscheint in: Journal for Social History, Autumn 1985; sowie ders., Municipality Socialism and Working Class Culture in Red Vienna: Limitations and Contradictions, in: Anson Rabinbach (ed.), The Austrian Socialist Experiment, 1918—1934, erscheint bei Boulder, Col. 1985.

Die Verteidiger des Wiener kommunalen Aufbaus der Zwischenkriegszeit als eines Versuchs der »Sozialisierung von unten« haben zunächst unbestreitbar das Argument für sich, die großteils negative Rezeption des »Roten Wien« in der aktuellen Historiographie¹⁰ stehe in einem nicht zu übersehenden Gegensatz zum unleugbaren Erfolg und der immensen Beliebtheit des kommunalen Experiments unter der Arbeiterschaft selbst. Man könnte hinzufügen, daß die einschneidenden Verbesserungen in den Lebensbedingungen der Arbeiterschaft durch die sozialdemokratische Reformpolitik selbst von linken Kritikern anerkannt worden sind. Eines seien die Austromarxisten konsequent gewesen, schreibt der oppositionelle Marxist Eugen Bauer, nämlich Reformisten; im Gegensatz zu vielen anderen sozialdemokratischen Parteien hätten sie jedoch »Reformen eine Zeitlang in ziemlichem Umfang durchgesetzt.«¹¹ Popularisiert wurde das »Mekka des demokratischen Sozialismus« sowohl durch Selbstdarstellungen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung und ihre statistischen und textuellen Ablagerungen¹² als auch durch die zahlreichen in- und ausländischen Delegationen, die hierher pilgerten und begeisterte Berichte hinterließen. Hauptsächlich war es das Wohnbauprogramm, in dessen Ergebnissen ein Besucher gar das »Wahrzeichen sozialistischen Wollens und Könnens« sehen wollte.¹³ Die zahlreichen, meist sozialdemokratischen Besucherdelegationen und ihre Reaktionen zusammenfassend, hat der Politologe A. Pelinka resümiert, es sei von allen Bereichen das Wohnbauprogramm gewesen, das am »stärksten den Ruf des ›Roten‹ Wien begründete.«¹⁴

Was an der alltäglichen »Revolution durch Evolution«¹⁵ so sehr erstaunen und Bewunderung erregen mußte, war darüber hinaus die Tatsache, daß die Arbeiterschaft Wiens praktisch lückenlos von jener Organisation erfaßt wurde, die für sich und ihre Aufbauarbeit »Mauern sprechen« ließ. Das »erlebte« Stück revolutionärer Wirklichkeit¹⁶ wirkt nicht nur in der Generation der Zeitgenossen fort, sondern durch eben diese Mauern, die freilich den heutigen Wohnbaupolitikern mehr drohend als Kontinuität verkündend wie ein Stachel im eigenen Fleisch des Massenwohnbaus nach 1945 stecken — mit ihren uneingelösten Ansprüchen einer neuen Lebensweise oder auch bloß eines Stückes besseren Lebens, an dem sich neue Bedürfnisse entzünden konnten.

Die Gemeindeverwaltung von Wien wurde in der sozialdemokratischen Internationale und in der ganzen Welt als Vorbild für sozialdemokratische Gemeindepolitik angesehen. Galt die österreichische Sozialdemokratie aufgrund ihrer organisatorischen Stärke ohnedies als die »Musterpartei der Internationale«, wurde diese Einschätzung seit der Übernahme der Verwaltung der ersten Millionenstadt durch eine sozialdemokratische Partei wesentlich verstärkt: Wien mauserte sich zum »Moskau der Zweiten Internationale«.¹⁷ Nirgendwo in der

10 Exemplarisch die Behandlung des Roten Wien bei *Oskar Negt/Alexander Kluge*, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt 1972.

11 *Eugen Bauer*, Österreich. Eine Lehre für alle, Prag 1934, S. 9.

12 Z. B. *Robert Danneberg*, Das neue Wien, Wien 1930; Das Neue Wien. Städtewerk, hrsg. unter offizieller Mitwirkung der Gemeinde Wien, 4 Bde., Wien 1926—1928.

13 *Josef Hofbauer*, Im Roten Wien. Eine Studienreise deutscher Arbeiter aus der Tschechoslowakei, 25. April bis 2. Mai 1926, Prag 1926, S. 48.

14 *Pelinka*, Kommunalpolitik, S. 69.

15 *Ilona Duczyńska*, Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt, München 1975, S. 24.

16 Ebda., S. 110.

17 Vgl. *Novy*, Der Wiener Gemeindewohnungsbau, S. 13.

kapitalistischen Welt gelang eine solch vollständige Erfassung der Arbeiterschaft wie in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), und dies galt in ganz besonderem Maß für die Wiener Parteiorganisation, die sich stolz als »größte Parteiorganisation der Welt« bezeichnen konnte.¹⁸ 1932 betrug der Anteil der in der SDAP Organisierten 25 Prozent der Bevölkerung, bei den Männern 38,3, bei den Frauen 14,2 Prozent. Von den 648 497 Mitgliedern der Partei in ganz Österreich waren 400 484 in der Wiener Sozialdemokratie organisiert. Dabei stellte die Arbeiterklasse die »Kerntruppe der Sozialdemokratie«¹⁹ — was sich auch statistisch belegen läßt: In Wien waren von 100 Arbeitern 47 in der Partei organisiert (Männer: 54 von hundert, Frauen: 32 von hundert); in den Bezirken, die in Wien Hochburgen der Sozialdemokratie waren, lag der Prozentsatz sicherlich weit höher.²⁰

Man muß dabei allerdings die recht vagen Berechnungen zur Klassenstruktur Wiens zur damaligen Zeit in Betracht ziehen. Immerhin war Schärf in einem Artikel im »Kampf« — die großen Hindernisse, die einer Klassenanalyse in Wien entgegenstünden, beredt beklagend — zum Ergebnis gekommen, daß »sechs Siebtel der Wiener Bevölkerung proletarisch« seien. Von diesen war die Mehrzahl allerdings in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt, der ökonomischen Struktur der ehemaligen »Reichshaupt- und Residenzstadt« entsprechend.²¹

Von den 398 735 Wiener Sozialdemokraten des Jahres 1931 waren 303 342, also gut drei Viertel, abhängig beschäftigt. Etwa 61 Prozent gehörten in die Gruppe der manuellen Arbeiter. Käthe Leichter faßte in einer Analyse zusammen: »Ob man also den Begriff des Proletariats als Lohnarbeiter im weiteren oder engeren Sinne faßt, es zeigt sich, daß die *Arbeiterschaft* nicht nur der Kern, sondern der *bei weitem überwiegende Teil der Wiener Parteimitglieder ist* [...]«. ²² Der Anteil der Parteimitglieder unter zwanzig Jahren war dreimal so hoch wie in der — überalterten — SPD zur gleichen Zeit; 57 Prozent der Wiener SDAP waren unter vierzig (in der Gesamtbevölkerung 50 Prozent). Diese Altersgruppe stellte somit fast drei Fünftel der Mitglieder.²³

Bei Wahlen lag die Partei in Wien stets nahe der Zweidrittelmehrheit²⁴, 1927 erreichte die Sozialdemokratie in Wien mit 59,87 Prozent der abgegebenen Stimmen (gegenüber 42,32 Prozent in Gesamtösterreich) ein überdurchschnittliches Ergebnis: Von 100 gültigen Stimmen waren 60 für die SDAP abgegeben worden.²⁵ Die besten Ergebnisse wurden in den proletarischen Vierteln erzielt. Deutlich zeigt sich auch hier (wie bei den sozial verschieden strukturierten Bundesländern und Regionen) eine proportionale Abhängigkeit von der Sozialstruktur. Bei den Nationalratswahlen 1930 lag der Stimmenanteil der Sozialdemokraten in ganz Wien bei 58,98 Prozent. Den höchsten Anteil und eine Zweidrittelmehrheit an den gültigen Stimmen erreichte die Partei in Favoriten mit 72,73 Prozent, in der Brigittenau mit

18 Titel eines Artikels in: Der Sozialdemokrat, Juni 1928, S. 86 f.

19 Otto Bauer, Der Kampf um die Macht, Wien 1924, S. 16.

20 Kulemann, Am Beispiel des Austromarxismus, S. 298.

21 Adolf Schärf, Die soziale Schichtung Wiens, in: Der Kampf 1927, S. 157—169; S. 160.

22 Käthe Leichter, Die Struktur der Wiener Sozialdemokratie, in: Der Kampf, 1932, S. 262—267; S. 263. Hervorhebung im Original.

23 Ebda., S. 266.

24 Vgl. Maren Seliger/Karl Ucakar, Wahlrecht und Wahlverhalten in Wien 1848—1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur, Wien 1984, S. 139 ff., 145 ff.; Otto Leichter, Glanz und Elend der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam, Wien 1964, S. 32.

25 Robert Danneberg, Die politischen Parteien in Deutschösterreich. Die Wahlen im ersten Jahrzehnt der Republik. Statistische Betrachtungen, Wien 1927, S. 7 und 10.

71,67 Prozent, in Ottakring mit 69,25 Prozent, in Floridsdorf mit 68,94 und in Simmering mit 68,27 Prozent.²⁶

Nach den — allerdings nicht ganz exakten — Berechnungen Dannebergs, der den Begriff der Arbeiterklasse sehr extensiv auslegte, haben von 1923 bis 1930 rund 80 Prozent der Arbeiter bei den Parlaments- und Gemeinderatswahlen sozialdemokratisch gewählt.²⁷ Für 1923 gelangte Danneberg zu dem Schluß, daß die SDAP in den Wiener Bezirken Brigittenau, Favoriten, Ottakring und Floridsdorf Spitzenergebnisse mit einem prozentuellen Anteil von weit über 90 Prozent der Arbeiter- und Angestelltenstimmen erzielen konnte.

In der Ersten Republik hatte die Sozialdemokratie also besonders in Wien eine absolut dominierende Position in der Arbeiterschaft inne, bei den Kernschichten der Industriearbeiterschaft fast ein Monopol. »Wie selten zu anderen Zeiten und in anderen Ländern gab es also eine Identität von sozialer Lage und politischem Wahlverhalten der Arbeiterschaft im Österreich der Ersten Republik.«²⁸

Daneben waren die Wiener Sozialdemokraten mit ihren Vereinen und sonstigen Sport- und Kulturorganisationen die Träger der wohl entfaltetsten Arbeiterkultur. Joseph Buttinger schrieb dazu:

»Die österreichische Sozialdemokratie [...] hatte sich nach dem Jahr 1918 nicht nur zu einem Massenbetrieb von einzigartigem Umfang und Geschäftigkeit entwickelt, sondern auch zu einer geistigen Macht von tiefer, andauernder Wirkung. Infolgedessen befähigt, Interessen und Ideale, Alltagsbedürfnisse und Leidenschaften gleichermaßen zu befriedigen, hielt die Partei in mannigfachen Verbindungen Hunderttausende in diesem Banne. Weit über die Politik hinaus gestaltete sie das Leben und Denken ihrer Mitglieder [...] Hunderttausende Männer und Frauen, Jugendliche und Kinder hatten in diesen Vereinen die schönere Hälfte ihres proletarischen Lebens verbracht und es mit Träumen und Tätigkeiten ausgefüllt, die samt und sonders in der ›Idee‹ dieser Partei ihren Ursprung hatten. Für alle Berufe und Lebensstellungen war in ihrem breiten Organisationsbetriebe Raum; alle Altersstufen konnten dort ihre Unterhaltungsbedürfnisse, Bildungsabsichten, Lebenszwecke, ihr Kulturverlangen ebenso wie ihre Torheiten und Spielereien organisieren und auf ernste oder lächerliche Weise mit den Zielen der Partei ›weltanschaulich‹ verschmelzen.«²⁹

Nach dem Scheitern einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung 1918/19 erfüllte das organisatorische Geflecht der Kultur- und Sportorganisationen zwar eine Art kompensatorische Aufgabe, andererseits drückten sich in ihm aber auch Bedürfnisse, Wünsche und Sehnsüchte hunderttausender Mitglieder aus, deren (partielle) Erfüllung durch die Reformpolitik des »Roten Wien« nicht geradlinig eine Domestizierung und Disziplinierung an sich spontaner und rebellischer Arbeitermassen indiziert. Vielmehr ist zu fragen, inwieweit neue, tendenziell nicht im Rahmen der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft erfüllbare Bedürfnisse freigesetzt werden konnten.

Das sozialdemokratisch verwaltete Wien hatte Vorbildfunktion auszufüllen, war es doch, wie bereits bemerkt, die erste Millionenstadt unter sozialdemokratischer Verwaltung. Zumindest bis 1927 hatte es einen zentralen Stellenwert in der Strategie der österreichischen Arbeiterpartei zur Erlangung der parlamentarischen Mehrheit inne. »Die Bevölkerung wird im Lauf

26 Ebda., S. 285; Robert Danneberg, Die Wiener Wahlen 1930 und 1932. Statistische Betrachtungen, Wien 1932, S. 33 f.; vgl. auch ders., Die Entwicklungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie in Wien, in: Der Kampf 1931, S. 6—23.

27 Ebda., S. 7 und passim.

28 Kulemann, Am Beispiel des Austromarxismus, S. 297.

29 Joseph Buttinger, Das Ende einer Massenpartei. Am Beispiel Österreichs, Frankfurt 1972 (Nachdruck), S. 29 f.

der nächsten zehn Jahre an dem Beispiel Wiens erschen, welche gewaltige Schöpferkraft Demokratie und Sozialismus bergen. Dieses glanzvolle Wirken [...] wird [...] die Viertelmillion Wähler bei der nächsten Wahl mitreißen, die zur absoluten Mehrheit im Staate der Sozialdemokratie noch notwendig ist.«³⁰

Die Leistungen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung sind oft und ausführlich dargestellt worden, wobei Charles Gulicks monumentales Werk, das Ende der 40er Jahre veröffentlicht wurde, noch immer als der Klassiker schlechthin bezeichnet werden darf.³¹ Die zwei Hauptstützen dieser Politik waren die soziale Fürsorge und der kommunale Wohnbau (neben der Schulreform, die einer gesonderten Analyse bedurfte³²). Die Fürsorgepolitik, die als »Wiener System« Berühmtheit erlangen sollte, ist eng mit dem Wirken des Anatomen Julius Tandler³³ verbunden. Als notwendige Ergänzung zur Sozial- und Arbeitsgesetzgebung der Koalitionszeit konzipiert, konzentrierte sie sich bald auf die Jugendfürsorge: »Denn je mehr wir uns um die Jungen kümmern, desto weniger werden wir uns um die Alten kümmern müssen; [...] Was wir für Jugendhorte ausgeben, werden wir an Gefängnissen ersparen. Was wir für die Schwangeren- und Säuglingspflege verwenden, ersparen wir an Anstalten für Geisteskranke.«³⁴ Tandler ging überdies — in Ablehnung der traditionellen Wohltätigkeit — von der gesellschaftlichen Verpflichtung zur und dem individuellen Recht auf Sozialfürsorge aus.³⁵

30 Julius Braunthal, zit. nach Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus, S. 373.

31 Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, 5 Bde., Wien o. J. (1950), Bd. 3; weitere Überblicksdarstellungen: Alfred Georg Frei, Rotes Wien; Maren Seliger, Sozialdemokratie und Kommunalpolitik in Wien. Zu einigen Aspekten sozialdemokratischer Politik in der Vor- und Zwischenkriegszeit, Wien 1980; Zwischenkriegszeit — Wiener Kommunalpolitik 1918—1938 (Ausstellungskatalog), Wien 1980; Pasquale Amato, Vienna »la rossa«, crocevia del socialismo, in: Mondoperaio. Rivista mensile del Partito socialista italiano, Nr. 7/8, Juli/Aug. 1980, S. 127 f.; Felix Czeike, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik (1919—1934), 2 Bde., Wien 1959; ders., Liberale, christliche und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861—1934). Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien, München 1962; Manfredo Tafuri (Hrsg.), Vienna Rossa. La politica residenziale nella Vienna socialista 1919—1933, Milano 1980.

32 Vgl. dazu: Wolfgang Maderthaner, Die Schule der Freiheit — Otto Glöckel und die Wiener Schulreform, in: Archiv. Mitteilungsblatt des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 24, H. 3, S. 2 ff.

33 Zur Person Tandlers siehe Karl Sablik, Julius Tandler. Mediziner und Sozialreformer. Eine Biographie, Wien 1983.

34 Julius Tandler, Wohltätigkeit oder Fürsorge? Wien 1925, S. 5.

35 »Das organische Kapital einer Gemeinschaft ist die in dieser Gemeinde lebende Menschheit. Dieses Kapital ist zu verwalten genauso, wie man die übrigen Werte, welche diese Gemeinschaft besitzt, gleichgültig, ob dieselben kultureller oder materieller Art sind [verwalten muß]. Getragen muß diese Verwaltung werden vom Geiste sozialer Bevölkerungspolitik. Das Instrument für diese Verwaltung ist die Wohlfahrtspflege. Ihr wichtigster Abschnitt ist die Fürsorge. Fürsorger und Befürsorgte stehen zueinander in einem Rechts- und Pflichtverhältnis. Der Fürsorger ist der Mandatar der Gesellschaft und ihr Verantwortlicher. Er übernimmt die Pflicht der Fürsorge. Der zu Befürsorgende ist Mitglied der Gesellschaft. Er hat das Recht auf Fürsorge. Der wichtigste Zweig der Fürsorge ist die Jugendfürsorge. Ihre Grundlage ist die generative Ethik. Eine Generation erfüllt ihre Aufgabe nur dann, wenn sie für die nächste sorgt. Daher ist jeder verpflichtet, Jugendfürsorge in allen Richtungen zu betreiben. Der Kampf um die Ideale, der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus wird sinnlos, wenn nicht für jene gesorgt ist, welche diesen Kampf zu übernehmen, fortzuführen und siegreich zu beenden imstande sind.« Julius Tandler, Soziale Fürsorge, in: Hofbauer, Im Roten Wien, S. 31.

Ab 1922 wurde ein dichtes Netz fürsorgerischer Institutionen und Maßnahmen aufgebaut, wobei zunächst auf die Errichtung von Eheberatungsstellen (die allerdings nichts mit der Tätigkeit des von der Sozialdemokratie angefeindeten Wilhelm Reich zu tun hatten) und der in Bezirksjugendämtern und Gemeindebauten situierten Mütterberatungsstellen sowie eines zentralen Jugendamtes durch die Gemeinde hingewiesen werden muß. Im Gegensatz zu den Eheberatungsstellen, in denen Brautleute besonders hinsichtlich Geschlechts- und psychischer Krankheiten sowie Tbc beraten wurden und die jährlich von nur 900 Personen aufgesucht wurden, erfaßten die Mütterberatungsstellen einen weitaus größeren Kreis.³⁶ Mütter wurden dort in allen Fragen der Pflege und der Ernährung ihrer Kinder durch Fachärzte beraten. Seit 1927 wurden überdies an alle Mütter ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse Säuglingspakete ausgegeben, die zur besseren Pflege des Säuglings und zum Besuch der Mütterberatungsstellen anregen sollten. Die bei der Beratung anwesenden Fürsorgerinnen hatten das Recht, durch Hausbesuche die Erfolge zu überwachen. R. Sieder und G. Pirhofer folgern aus den von ihnen geführten Interviews mit ehemaligen Fürsorgerinnen der Gemeinde:

»Die Mehrzahl der fürsorgerischen Einrichtungen und Maßnahmen sind familienbezogen. Sie zielen auf eine Hebung der Geburtenrate, vor allem aber auf die Verbesserung der Aufzuchtbedingungen in den Familien der unteren Schichten und im Falle ›desolater‹ Familienverhältnisse auf deren Ersatz durch Jugendheime. Zu diesem Zweck wird ein dichtes System der fürsorgerischen und ärztlichen Beratung und Kontrolle geschaffen. Über Hausbesuche der Fürsorgerinnen, die ärztliche Beratung der Frauen und Mütter in der Schwangeren- und Mütterberatung (sowie über die [...] pädagogische Beratung durch Lehrer) sollten höhere Standards im Bereich der Säuglings- und Kinderpflege, des elterlichen Erziehungsverhaltens — und damit insgesamt ein höheres familiales ›Reproduktionsniveau‹ durchgesetzt werden.«³⁷

Insgesamt zeigt so das »Wiener System«, trotz der unleugbaren riesengroßen Fortschritte und trotz seiner Popularität — die Tätigkeit der 32 Mütterberatungsstellen mußte, obwohl ursprünglich auf Säuglinge und Kleinkinder beschränkt, auch auf Schulkinder und Jugendliche ausgedehnt werden — jene Verbindung von Fürsorge und Repression, von Disziplinierung und Überwachung, wie sie auch »moderne« Fürsorgesysteme charakterisiert.

Sozialdemokratische Befürworter wie bürgerliche Gegner der forcierten sozialpolitischen Anstrengungen der ersten Jahre der Republik, die mit der Ära Hanusch und in Wien mit der Tätigkeit Tandlers verbunden sind, gingen (und gehen) von alltäglichen Vorstellungen über die Funktion der Sozialpolitik aus. Sozialpolitik, so durchzieht es das alltägliche Verständnis in Schule, Volksbildung und Medien, in allen Köpfen wie ein roter Faden, diene dazu, den sozialen Frieden zu erhalten, die Legitimation für das System zu stärken, indem sie Arme, Kranke und Arbeitslose vor dem Elend bewahrt. Damit halte sie diese nicht nur von der Revolte ab, sondern auch diejenigen, denen es noch gar nicht schlecht geht, da sie nun wüßten, daß sie gegen das Elend gesichert seien. Diese Argumentation fand sich bis Mitte der 20er Jahre vor allem unter bürgerlich-liberalen Sozialpolitikern wie Pribram und anderen. Sozialpolitik wirkte so quasi als Bestechungspolitik, war die Linie linksradikaler Kritiker: Den Menschen wird nur die Motivation zur Revolte, die Unzufriedenheit, durch Leistungen der Sozialpolitik gleichsam abgekauft.

Diese Theorien sind zu widerlegen und umzustülpen: Nicht die Sozialleistungen, also nicht die Hilfe selbst, bewirkt das Wohlergehen, sondern der soziale und materielle Abstieg, der

36 1932 wurden 267 342 Mütterberatungen durchgeführt; vgl. *Alois Jalkotzky*, Das Leben Wiens in dieser Zeit (Sonderabdruck aus: Sozialärztliche Rundschau, Nr. 7, 1933), Wien 1933, S. 10.

37 *Pirhofer/Sieder*, Zur Konstitution der Arbeiterfamilie, S. 334.

damit verbunden ist. Er wirkt so abschreckend, daß alles getan wird, um ja nicht Opfer dieser Hilfe zu werden. Die dadurch bewirkte Normenstabilisierung geschieht derart, daß an Menschen, die zu Klienten der Sozialpolitik werden, eine Hilfe vollzogen wird, die zwar vor schwerer Not bewahrt, sie aber gleichzeitig in Einkommen und sozialer Stellung immer weiter absteigen läßt, je länger sie Klienten eben dieser Sozialpolitik sind.

»Sorge« und »Durchkommen«, wohl vermischt mit einem Schuß ländlich-patriarchalischer Arbeitsteilung im Haushalt, waren die Markierungspunkte im beengten Zusammenwohnen der »Zinskasernenkultur«; diese wird abgelöst durch die »Befürsorgung« tendenziell aller Bewohner der Kommune bei Ausschaltung der Möglichkeiten der Selbstorganisation und der Mitsprachemöglichkeiten der auf diese Art Befürsorgten.

In seiner Parteitage-rede 1926 in Linz sagte Otto Bauer, der Sozialismus werde nur siegen, wenn die Erfahrung selbst zeige, daß er Erfolge und Fortschritte bringe: »Wenn die Menschen das nicht *sehen* werden, werden sie sich nie für den Sozialismus [...] entscheiden.«³⁸ Unbestreitbar war: Die Erfolge des Rathaussozialismus in Wien konnte man sehen, vor allem im Wohnbau.

Am 21. September 1923 beschloß der Wiener Gemeinderat kurz vor den anstehenden Parlamentswahlen ein auf fünf Jahre berechnetes Wohnbauprogramm, wobei ab 1924 jährlich 5 000 Kleinwohnungen errichtet werden sollten.³⁹ Bereits 1927 war dieses Plansoll erfüllt, und am 27. Mai dieses Jahres wurde der weitere Bau von jährlich 6 000 Wohnungen bis 1932 beschlossen.⁴⁰ 1933 verwaltete die Gemeinde insgesamt 58 667 Wohnungen und 5 257 Siedlungshäuser; 10,8 Prozent aller Wiener wohnten darin.⁴¹ Die Gemeinde vermein-

38 Otto Bauer, Parteitage-rede. Das neue Parteiprogramm. Prinzipieller Teil, in: Otto Bauer, Werkausgabe (Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Redaktion: Hugo Pepper), Bd. 5, Wien 1978, S. 420.

39 Franz Patzer, Streiflichter auf die Wiener Kommunalpolitik, 1919—1934, Wien o. J. (1978), S. 76. Zum Wiener kommunalen Wohnbau der Zwischenkriegszeit siehe: Kommunalen Wohnbau in Wien. Aufbruch — 1923—1934 — Ausstrahlung (Ausstellungskatalog), Wien 1977; Rainer Bauböck, Zur sozialdemokratischen Wohnungspolitik 1919—1934. Mieterschutz, Wohnungsanforderung und kommunaler Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung Wiens, Diss. Wien 1976; Peter Feldbauer, Wohnungsproduktion am Beispiel Wiens (1848—1934), in: Lutz Niethammer (Hrsg.), Wohnen im Wandel, Wuppertal 1979, S. 317—343; Peter Gorsen, Zur Dialektik des Funktionalismus heute. Das Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus im Wien der zwanziger Jahre, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«, Bd. 2: Politik und Kultur, Frankfurt 1979, S. 688—705; Peter Haiko/Mara Reissberger, Die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien, 1919—1934, in: Archithese 12/1974, S. 49—54; Hans Hautmann/Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien, Wien 1980; Karla Kraus/Jochim Schlandt, Der Wiener Gemeindewohnungsbau — Ein sozialdemokratisches Programm, in: Hans Helms/Jörn Hanssen, Kapitalistischer Städtebau, Berlin/Neuwied 1970, S. 113—124; Dieter Langewiesche, Politische Orientierung und soziales Verhalten. Familienleben und Wohnverhältnisse von Arbeitern im »roten« Wien der ersten Republik, in: Niethammer, a. a. O.; Alfredo Passeri, I superblocchi viennesi: un'analisi tipologica, in: Taifuri, Vienna Rossa; Gottfried Pirhofer, Der Beitrag der Großwohnanlagen der 1. Republik zu einer neuen Architektur des Massenwohnungsbaus (Projektabschlußbericht für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung), Masch. Wien 1978.

40 Patzer, Streiflichter, S. 85.

41 Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler (gekürzte Neuauflage), Wien 1976, S. 184. — Auf die Problematik der Siedlungsbewegung kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden; vgl. dazu Klaus Novy, Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem Ersten Weltkrieg, in: ARCH+ 55, Febr. 1981; sowie Margit Altfahrt/Birgit Bolognese-Leuchtenmüller/Wolfgang Förster/Robert Hoffmann/Dieter Stiefel, Die Zukunft liegt in der Vergangenheit. Studien zum Siedlungswesen der Zwischenkriegszeit, Wien 1983.

te in gigantischen Superblocks — den sogenannten »Volkswohnpalästen« — die Lösung der Arbeiterwohnfrage gefunden zu haben; immerhin hätte es einer Gartenstadt von 7,5 km² bedurft, um Siedlungshäuser mit 20 000 Wohnungen derselben Größe zu bauen. Auch garantierte eine Maximalverbauung von 40 Prozent der Grundstücke (bei späteren Bauten 30 Prozent) gegenüber der erlaubten »Spekulationsverbauung« der alten Zinskasernen von 85 Prozent die Anlage geräumiger, begrünter und lichtdurchfluteter Innenhöfe. In beinahe allen Höfen befanden sich Kinderspielplätze, in vielen Kinderplanschbecken. In den Wohnungen waren Vorräume⁴², eigenes WC, Wasserleitungen, Gas und/oder Elektrizität obligat, außer in wenigen, anfänglich errichteten Bauten waren Schlaf- und Wohnzimmer mit Hartholz ausgelegt; überdies hatten viele der Wohnungen einen eigenen Balkon. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker sprachen enthusiastisch von einer »neuen, proletarischen Wohnkultur«, um so mehr, als die größeren Anlagen mit Kindergärten und -horten, Spielsälen für Kinder, Mütterberatungsstellen, Schulzahnkliniken, Tuberkulosestellen, Leseräumen und Bibliotheken, Versammlungs- und Sektionslokalen, Turnhallen, Zentralwaschküchen, Brause- und Wannenbadeanlagen ausgestattet waren. Die Wohnungsvergabe erfolgte nach sozialen Gesichtspunkten über ein Punktesystem, wobei Unbewohnbarkeit oder Gesundheitsschädlichkeit der gegenwärtigen Wohnung, getrennter Haushalt von Ehegatten, Kündigung, Raumangel, Entfernung vom Arbeitsort⁴³, aber auch Zuständigkeit nach Wien oder Verheiratung berücksichtigt wurden — übrigens galt ein Jahr nachgewiesenes Zusammenleben gleichviel wie Heirat. Wie sehr die Gemeindewohnungen auch immer als Kulturfortschritt ohnegleichen gefeiert wurden, sie waren — insbesondere jene zwischen 1923 und 1927 erbauten — zu klein; die kleinste Wohnungstypen mit 38 m² umfaßte 75 Prozent der bis dahin gebauten Wohnungen. Obwohl sich die Lage nach 1927 deutlich besserte, blieben 40 m²- und 48 m²-, ganz selten auch 55 m²-Wohnungen (zwei Zimmer, Kammer, Küche, Abort) die Standardtypen — der für Arbeiterwohnungen als ideal erachtete Flächenraum von 60 m² wurde nicht erreicht. Begründet wurde dies mit der äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage und der absoluten Notwendigkeit, dennoch so viel als möglich Wohnungen zu bauen, sowie dem niedrigen Lohnniveau in Österreich (so erwies eine vom Internationalen Arbeitsamt im Oktober 1928 durchgeführte Erhebung, daß Wien im europäischen Vergleich zusammen mit Warschau und Rom auf dem drittletzten Platz lag⁴⁴). O. Bauer sagte dazu in einer berühmt gewordenen Rede vor dem Wiener Arbeiter-Abstinertenbund am 20. März 1928:

»Glauben Sie nicht, daß ich Ihnen jetzt das Hohelied der Wiener Gemeindebauten singen werde! Das fällt mir nie ein. Wir wären im Gegenteil noch immer zu sehr drinnen in der »verdammten Bedürfnislosigkeit«, wenn wir glaubten, daß diese Gemeindebauten schon das *Endziel* seien, dem wir zustreben. Die Wohnungen sind noch *viel zu klein* in unseren Gemeindebauten, vor allem bekommt die Arbeiterfamilie *dort viel zu wenig Räume* [...] Wir können soweit erst kommen, wenn wir hier höhere Löhne haben werden. Aber so sehr ich mir dessen bewußt bin, daß unsere Bauweise noch nicht das Ideal, sondern nur ein Schritt zu ihm ist, so entschieden muß man doch sagen, daß gegenüber den Wohnungen, die das Privatkapital in Wien in der Vorkriegszeit gebaut hat, und die es wieder bauen würde, wenn man ihm die Bautätigkeit ausliefert, daß gegenüber dem *unsere Gemeindewohnungen ein ungeheurer, gar nicht zu hoch zu schätzender Fortschritt sind.*«⁴⁵

42 Dies nur bei 75 Prozent aller Gemeindebauten.

43 Danneberg, Das neue Wien, S. 65.

44 Zit. nach Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler (Neuaufgabe), S. 198.

45 Otto Bauer, Mieterschutz, Volkskultur und Alkoholismus. Rede, gehalten am 20. März 1928 in der Versammlung der Wiener Ortsgruppe des Arbeiter-Abstinertenbundes, Wien 1929, S. 10.

Natürlich gab es besondere Voraussetzungen für den Wiener Gemeindewohnungsbau, von denen die Bodenpolitik der Luegerschen Verwaltung, die Stellung Wiens als Bundesland und Gemeinde und vor allem der Mieterschutz und dessen allerdings weniger erfolgreiche und 1925 abgeschaffte »organische Ergänzung«, die Wohnungsanforderung, zu nennen wären. 1917/18 mittels dreier Erlässe noch während des Krieges eingeführt, wurde der Mieterschutz im Dezember 1922 in einer Dreiparteieneinigung zum Gesetz erhoben; er bedeutete im wesentlichen eine Beschränkung des Kündigungsrechts der Hausherren und einen gesetzlich festgelegten niedrigen Mietzins.⁴⁶ Von den konservativen Parteien immer wieder auf das heftigste befehdet und 1929 von der Regierung Streeruwitz eingeschränkt, wagte nicht einmal das austrofaschistische Regime — da er auch für das Kleinbürgertum eine Lebensnotwendigkeit darstellte —, ihn gänzlich zu beseitigen. Die Inflation der unmittelbaren Nachkriegsjahre und der Mietenstopp (die Mieten waren von ehemals 20—25 Prozent auf 2—7 Prozent des Einkommens nach dem Krieg gesunken) führten zum gänzlichen Ausfall der Verzinsung des in Grund- und Hausbesitz investierten Kapitals, zur »Nullifizierung der Grundrente«. Privater Wohnbau war unmöglich geworden; das durch Ausfall des Wohnbaus im Krieg und das gewaltige Ansteigen der Heiraten unmittelbar danach gesteigerte und mit den Mitteln der Wohnungsanforderung nur unzureichend in den Griff zu bekommende Wohnungselend ließ die Sozialdemokratie den kommunalen Wohnungsbau in großem Stil in Angriff nehmen. Ihr war somit eine »der größten und populärsten Umverteilungsmaßnahmen in der westeuropäischen Geschichte der Sozialreform gleichsam in den Schoß gefallen — ohne daß sie als politischer Akteur zuvor etwas riskieren mußte.«⁴⁷

In der Finanzierung wurden völlig neue Wege beschritten. 1919 hatte die Sozialdemokratie eine praktisch bankrotte Stadt übernommen; die Inflation tilgte zwar beinahe gänzlich die Verschuldung, machte aber auch eine Reorganisation im Sinne eines elastischen und inflationssicheren Steuersystems notwendig. Waren unter der christlichsozialen Verwaltung 80 Prozent der gesamten Einkünfte aus Steuern auf Mietzins, Lebensmittel, Getränke sowie auf die Gewinne der Gemeindemonopolbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität) geschöpft und war somit gerade die Arbeiterschaft am meisten getroffen worden, führte Finanzstadtrat Hugo Breitner direkte Steuern ein.⁴⁸ Die Wohnbausteuer war zweckgebunden und unterlag ebenso wie die Verbrauchssteuern einer extremen Progression. Luxussteuern wie Lustbarkeitsabgabe, Besteuerung der Nobelrestaurants, Pferde- und Hundeabgaben etc. erfaßten »fast alle Lebensregungen des Bürgertums und des Adels.«⁴⁹ Allerdings bleibt zu bemerken, daß die Wohnbausteuer (0,5 Prozent der teuersten Mietobjekte hatten 45 Prozent des Wohnbausteueraufkommens zu erbringen) in der Blütezeit des Gemeindewohnbaus nur etwa 40 Prozent der Kosten decken konnte. 60 Prozent mußten durch die proportionale, überaus problematische Fürsorgeabgabe (als Lohnsummensteuer auf die Konsumenten abwälzbar) aufgebracht werden. Erst als mit den einschneidenden Änderungen des Jahres 1932 die Wohnbausteuer ihren ursprünglichen Charakter praktisch verloren hatte, wurden die Wohnbauinvestitionen ihrem Ertrag angepaßt.⁵⁰

46 Detailliert bei *Bauböck*, Wohnungspolitik, S. 26—87; sowie *Hautmann/Hautmann*, Gemeindebauten, S. 22—26.

47 *Novy*, Wiener Gemeindewohnungsbau, S. 14.

48 *Hautmann/Hautmann*, Gemeindebauten, S. 38—50 und S. 135—154; *Hugo Breitner*, Seipel-Steuern oder Breitner-Steuern. Die Wahrheit über die Steuerpolitik der Gemeinde Wien, Wien 1927.

49 *Novy*, Wiener Gemeindewohnungsbau, S. 15.

50 *Gulick*, Österreich von Habsburg zu Hitler (Neuaufgabe), S. 186.

G. Pirhofer zieht über die Finanzierungspolitik folgende Bilanz: Mit dem neuen Steuersystem, finanzpolitische Voraussetzung für die gesamte Kommunalpolitik der Zwischenkriegszeit, setzte die Gemeinde eine Umstrukturierung ihrer Volkswirtschaft in Gang, mit dem Ziel einer Ausweitung des kommunalen Sektors und einer Erhöhung der lokalen industriellen Investitionen zu Lasten des Luxuskonsums und des ausländischen Anlagemarkts. »Hugo Breitner war der Magier oder Arzt, der im relativ autarken Bereich der Gemeinde Wien den kranken Wirtschaftskörper heilte.« Die Luxussteuern hätten an den Kriegsgewinnlern ein Exempel statuiert und (weit über den materiellen Wert hinaus) die Moral der Sparsamkeit und Arbeit als entscheidenden Beitrag zum Aufbau des neuen Wien befestigt.⁵¹

Der puritanische Breitner war der von der österreichischen Reaktion am meisten gehaßte Sozialist; so wollte der Heimwehrführer Starhemberg den »Kopf dieses Asiaten im Sand rollen« sehen. Die gesamte sozialdemokratische Gemeindeverwaltung wurde

»als ein unerträglicher Stützpunkt der Arbeiterpartei im Zentrum des Staates empfunden. Wie das gesamte sozialdemokratische Organisationsgefüge galt die bloße Existenz des sozialdemokratischen Wien als ein Hindernis, das mit seiner reformistischen Politik die Manövrierfähigkeit des bürgerlichen Systems bedrohte. Die Einschränkung der Rechte Wiens, die Entfernung der Sozialdemokratie aus dem Rathaus, wurde zum bevorzugten Agitationsobjekt und Ziel der Heimwehren und der Dollfuß-Regierung.«⁵²

Denn in den Gemeindebauten versinnbildlichte sich der Stolz der Sozialdemokraten über das seit der »österreichischen Revolution« Erreichte, und die neuen Wohnanlagen entwickelten sich zu Hochburgen der Partei. Aber über Folgen auf das politische Verhalten hinaus hat sich in diesen Wohnanlagen eine bis heute nicht ganz zu verdrängende Hoffnung auf einen alternativen Lebensentwurf jenseits bürgerlicher Askese und Konkurrenz materialisiert, der über die pädagogisch bestimmten Konzeptionen des »neuen Menschen« weit hinausging. Darin sind bis zum heutigen Tag ungestillte Ansprüche einer in der bürgerlichen Gesellschaft nicht einzulösenden gesellschaftlichen Praxis eingeschlossen.

⁵¹ *Gottfried Pirhofer*, Wirtschaftspolitik, in: Zwischenkriegszeit — Wiener Kommunalpolitik (Ausstellungskatalog), S. 13—23; S. 14.

⁵² *Kulemann*, Am Beispiel des Austromarxismus, S. 346.